

Die Regierungen reden über den Kanton Basel

Das Thema Simulation kommt demnächst in einer gemeinsamen Klausur zur Sprache

Von Markus Vogt

Basel/Liestal. Am Anfang standen zwei parlamentarische Vorstösse, eingereicht im Baselbieter Landrat und im Grossen Rat von Basel-Stadt: Im Sinne eines Zukunftsmodells sei das Szenario eines gemeinsamen Kantons Basel zu simulieren oder für eine derartige Simulation eine geeignete Institution zu mandatieren, beispielsweise die Universität Basel oder die Fachhochschule Nordwestschweiz, oder aber auch eine private Organisation wie die Regio Basi-liensis oder Avenir Suisse. Lukas Engelbergers (CVP) Anzug wurde vom Grossen Rat am 17. März 2010 an die Basler Regierung überwiesen (mit deutlichem Mehr), das Postulat von Landrätin Elisabeth Schneider (CVP) am 27. Januar 2011 an die Baselbieter Regierung (mit 38 zu 37 Stimmen bei 4 Enthaltungen). Seither geschah praktisch nichts, jedenfalls viel zu wenig, als dass dies die CVP, welche die beiden Vorstösse lanciert hatte, zufriedenstellen könnte.

Zuletzt wurde die Partei enttäuscht von der Basler Regierung, die sich letzte Woche dazu verlauten liess: Die beiden Regierungen hätten die ersten Arbeiten

an die Hand genommen und einer bikantonalen Arbeitsgruppe 2011 den Auftrag erteilt, «die Machbarkeit einer Simulation abzuklären». Weiter seien die bisherigen Arbeiten zu diesem Thema gesichtet und die aktuelle Partnerschaft analysiert worden. Und: Sieben Beratungsbüros/Forschungsstellen hätten den Auftrag erhalten, ein sinnvolles Vorgehenskonzept und eine Kostenschätzung zu erarbeiten. Diese umfangreichen Vorarbeiten würden nun von den beiden Regierungen geprüft. «Im ersten Quartal 2013 wird der Regierungsrat berichten können, wie er zu einer Simulation steht respektive ob und unter welchen Prämissen er eine Simulation durchführen wird.»

Heikles Thema

Dass es in dieser heiklen Angelegenheit nicht im Schnellzugtempo vorangeht, ist nicht überraschend, denn die Baselbieter Regierung hat sich bis jetzt, gelinde ausgedrückt, wenig euphorisch gezeigt. Dass sich aber auch die baselstädtische Exekutive so zurückhaltend verhält, hat auch die CVP überrascht: «Wir sind schon sehr enttäuscht», erklärte Parteipräsident und Nationalrat

Markus Lehmann. Natürlich wisse er, wie heikel das Thema sei und wie sensibel die Baselbieter darauf reagieren. «Doch auch in Liestal dürfte bekannt sein, welches Resultat eine solche Simulation bringen wird, sollte sie von einer neutralen und kompetenten Organisation wie der Uni oder der Fachhochschule durchgeführt werden. Es liefe wohl darauf hinaus, dass viele Doppelspurigkeiten beseitigt werden könnten», glaubt Lehmann.

Ziemlich ungehalten äussert sich seine Parteifreundin, die Baselbieter Nationalrätin Elisabeth Schneider, die Urheberin des Vorstosses im Landrat. «Die beiden Regierungen sollten nun vorwärts machen», sagt sie. Die Simulation des Kantons Basel hätte eigentlich vor den Fusionsbestrebungen diskutiert werden sollen, erklärt Schneider, nun komme halt zuerst die Initiative aufs Tapet. Sie soll Anfang August lanciert werden.

Parlamente ernst nehmen

Nationalrätin Elisabeth Schneider findet es unerhört, dass die Regierungen diesen Auftrag verschleppen. «Eigentlich müssten die Regierungen alles

Interesse haben, der Bevölkerung bezüglich des Kantons Basel Fakten auf den Tisch zu legen», erklärt sie dezi- diert. Und sie erinnert daran, dass die beiden Kantonsparlamente einen ent- sprechenden Auftrag gegeben hätten. «Wenn man die Parlamente ernst neh- men würde, hätte man längst vorwärts gemacht», sagt sie weiter. Und fügt noch an, dass ein solches Vorhaben ei-

gentlich nicht am Geld scheitern sollte: Die Baselbieter Regierung habe noch immer Geld gefunden, wenn es gegol- ten habe, etwas fundiert abzuklären.

Wo es klemmt, ist für Markus Leh- mann nicht ersichtlich. «Wir können heute nur hoffen, dass die beiden Regie- rungen bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit das Gespräch aufnehmen», fügt Lehmann an.

Vielleicht geht sein Wunsch bald in Erfüllung: Wie die BaZ in Erfahrung bringen konnte, soll das Thema «Simu- lation Kanton Basel» demnächst an ei- ner gemeinsamen Klausursitzung auf der Traktandenliste stehen. Das würde wenigstens die zögerliche Argumenta- tion respektive Nicht-Antwort der Bas- ler Exekutive zum Vorstoss Engelber- ger erklären.